Wie auf der Tagung der Seinegruppe, so hat auch im Nationalrat Longuet den Krieg denunziert. Seine Thesen wurden mit beträchtlicher Mehrheit angenommen, und seine Gruppe übernimmt damit die Führung der Partei. Die Resolution Longuet, die, wie Pannekoek meldet, mit 1544 Stimmen abgelehnt wurde, erneuert den Parteibeschluß, die Landesverteidigung zu sichern, verlangt aber von der Regierung eine Revision der Kriegsziele, Veröffentlichung der geheimen russischen Abmachungen über die Kriegsziele auf der von der russischen Revolution und vom Präsidenten Wilson dargelegten Grundlage, ferner die Vorbereitung der Gesellschaft der Nationen. Die Resolution billigt die Veranstaltung einer internationalen Konferenz und fordert die nötigen Pässe von der Regierung. Die Kriegskredite sollen künftig verweigert werden. Die Intervention der Alliierten in Rußland beeinträchtige das Selbstbestimmungsrecht der Völker und dürfe nur im Einverständnis mit den russischen Sozialisten unternommen werden. Schließlich wird die Partei zur Einheit aufgefordert. Eine Resolution Renaudel, die auf der Basis des Londoner Memorandums aufgestellt war, blieb mit 1179 Stimmen in der Minderheit, ein Antrag des Kienthalers Loriot, für sofortige Beendigung des Krieges erhielt 158 Stimmen.

Feindliche Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 29. Juli, abends.

Der Tag war durch sehr heftige Kämpfe auf der ganzen Front nördlich der Marne gekennzeichnet. Der Feind, dessen Widerstand sehr zugenommen hat, bestritt uns das Gelände Schritt für Schritt und versuchte, uns durch zahlreiche Gegenangriffe zurückzuwerfen. Unsre Truppen schlugen indessen alle Sturmangriffe zurück und drangen aufs neue vor. Am Rande des Dorfes Vusanry haben die Schatten sich des Parkes und des Schlosses bemächtigt und haben ihre Stellungen trotz wiederholten Anstrengungen der Deutschen, sie daraus zu vertreiben, behauptet. Oestlich von Le Plessier-Huleux und Oulchy-le-Chateau überschritten wir die Straße nach Chateau-Thierry. Wir haben Grand-Rozoy und Tugny erobert und nahmen in glänzendem Anlauf den Chalant-Hügel. Es blieben 450 Gefangene in unsrer Hand. Auf dem rechten Ufer des Ourcq erweiterten wir unsren Geländegewinn. Wir nahmen Fère-en-Tardenois und Sergy ein. Weiter südlich fiel Roncheres in unsre Hand. Auf unsrem rechten Flügel überschritten wir die Straße Dormans—Reims südlich von Villers-Agron und gewannen westlich von Vligny und St. Euphraise an Boden. In der Champagne blieb ein deutscher Angriff in der Gegend südlich des Mont Sans Nom ohne Erfolg. — Bericht der Orientarmee vom 28. Juli: Die übliche Artillerie- und Patrouillentätigkeit an der Struma an der serbischen Front. Westlich vom Wardar wiesen wir eine feindliche Abteilung zurück. Starke Tätigkeit der verbündeten Flieger. Im Laufe der Luftkämpfe des Tages brachten wir ein feindliches Flugzeug zum Absturz.

Amerikanischer Heeresbericht vom 29. Juli 1918.

Schwere Kämpfe jenseits des Ourcq. Sergy, das viermal den Besitzer wechselte, verblieb in unsren Händen.

Moskau bedroht.

Die Meldung, daß die Städte Simbirsk und Samara von den Tschecho-Slowaken erobert wurden, ist eine Hiobspost für die Regierung in Moskau, denn die Eroberung der auf dem rechten Wolgaufer liegenden Handelsstädte läßt erkennen, daß die Tschechen ihre Macht auch diesseits der Wolga weiter nach Norden ausdehnen. Sie stehen zwar noch immer 500 Kilometer von Moskau entfernt, aber bei dem andauernden Versagen der bolschewikischen Rätetruppen wird das durch Ententeunterstützung geförderte tschechische Vorrücken gegen die Hauptstadt andauern. Das bedeutet eine steigende Stärkung der gegenrevolutionären Hoffnungen.

Die Ereignisse haben den Bolschewiki die Notwendigkeit eines stehenden Heeres vor Augen geführt, und sie sind bereits zur Einführung einer sechsmonatigen Dienstpflicht geschritten. Zuerst wurde in den bedrohten Gebieten Südostrußlands und Sibiriens mobil gemacht, dann wurden die Arbeiter Moskaus und später die Arbeiter in Petersburg und andren Städten zum Heeresdienst eingezogen. Die bürgerlichen Klassen werden nur zum Dienst hinter der Front verwendet und bilden eine besonders organisierte Etappenreichswehr. Die Erfolge der Sowjetregierung mit den militärischen Einberufungen sind aber nicht groß, denn sie besitzt keine Macht, um ihre Befehle durchzusetzen. Vielfach laufen die eingezogenen Rekruten einfach wieder nach Hause oder verweigern den Gehorsam. Auch die ausgebildeten Mannschaften sind nicht immer zuverlässig.

Die Landungen von Ententetruppen in Archangel und an der Murmanküste werden fortgesetzt. Man schätzt die Zahl der bisher gelandeten Truppen auf 15 000 bis 20 000. In der Hauptsache bestehen sie aus französischen Matrosenabteilungen. Der nördlichste Teil der Murmanbahn von Kola bis Kem ist besetzt und die Ententetruppen marschieren in südlicher Richtung auf Kem vor. Die Truppen der Sowjets haben den Befehl erhalten, sich zurückzuziehen, könnten wohl auch keinen stärkeren Widerstand leisten.

Die tschechischen Truppen, die beiderseits des Ural operieren, sind angesichts ihrer straffen militärischen Zucht und ihrer guten Bewaffnung für die Bolschewiki ein nicht zu unterschätzender Feind. Man schätzt ihre Zahl auf etwa 40 000 bis 60 000, wozu noch rund 15 000 Dutowsche Kosaken kommen, die sich ihnen angeschlossen haben. Das Endziel der Operationen an der Murmanküste und am Ural ist die Herstellung einer Verbindung zwischen den gelandeten Ententetruppen und den Tschecho-Slowaken, ein Ziel, das mit Rücksicht auf die Ohnmacht der Moskauer Regierung und die Energie ihrer Gegner durchaus nicht so ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann.

Die Lage in Sibirien ist noch wie vor ungeklärt. Sicher scheint zu sein, daß die Bolschewiki sich nur noch in Irkutsk halten. Aber auch in Irkutsk haben bereits Gefechte zwischen den Bolschewiki und den Tschechen stattgefunden. Aus dem Osten droht der Vormarsch starker japanischer Truppenmassen, die sich in der Mandschurei versammeln. Das westliche Sibirien ist dem Einfluß der Bolschewiki überhaupt entzogen. Die provisorische sibirische Regierung in Omsk wird von Japan, China und Amerika weitgehend unterstützt, jedoch sind die Verhandlungen über eine militärische Unterstützung noch nicht zum Abschluß gekommen.

Die mohammedanischen Turkestaner, die antibolschewikisch gesinnt sind, haben einen Hilferuf nach England gelangen lassen. England scheint diese günstige Gelegenheit benutzen zu wollen, um sich in die politischen Verhältnisse Turkestans einzumischen. Es zieht an der persisch-turkestanischen Grenze bereits indische Kavallerie zusammen und hat die Häfen an der Südküste des Kaspischen Meeres besetzt.

Der Matin berichtet aus Stockholm: Die Zustände in Moskau seien sehr ernst. Die Verhaftungen häufen sich, die Gefängnisse sind überfüllt. Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstandes gegen die Bolschewiki nimmt täglich zu.

*

Die Wirren.

Moskau, 28. Juli. Die Presse meldet: Im Ural-Militärbezirk wurden Kommunistenabteilungen gebildet und an die Front geschickt. Laut Nachrichten aus Tscheljabinsk haben die Tschechen in Omsk die Mobilisierung der Jahrgänge 1912 bis 1920, in Kurgan derjenigen von 1917 bis 1919 unter scharfem Protest der Arbeiter und Bauern befohlen. Die Annahme von Postsendungen nach Sibirien ist angesichts der Kriegslage eingestellt. Das Postkommissariat fordert die unverzügliche Gestellung aller 1896 und 1897 geborenen Telegraphenbeamten und der von 1893 bis 1897 geborenen Angestellten, die in Artillerie- und Genietruppen gedient haben. Auch der Rat der Volkskommissare bearbeitet einen Dekretentwurf über die Gestellung von Pferden und Transportmitteln. Nach einer Meldung aus Baku veranstalteten die Matrosen dort große Kundgebungen aus Anlaß ihrer Einberufung in die Rote Armee.

Im Abschnitt Nordkaukasus in der Richtung Ost-Medwediza gingen 300 Eingeborene zu den Rätetruppen über. Diese nahmen elf Gehöfte. Im Abschnitt Gaschun wurden von Rätetruppen vier Ortschaften besetzt, eine kleine Abteilung Rätetruppen brach von Stawropol nach Benejatnaja durch.

*

Die deutschen Wolgakolonisten.

Moskau, 28. Juli. Laut Verfügung des Rats der Volkskommissare sind von nun an jede Art Kontributionen, Konfiskationen und Requisitionen von Getreide unter den deutschen Wolgakolonisten nur mit dem Einvernehmen des Kommissariats für deutsche Angelegenheiten in Saratow zulässig. Vom Standpunkt allgemeiner staatlicher Interessen können eigenmächtige Handlungen der örtlichen Räte gegenüber den deutschen Kolonisten zu sehr traurigen Folgen führen. Daher wird zum Kampf mit Großbauern und Konterevolutionären in deutschen Kolonien das Rätekommissariat für Angelegenheiten der deutschen Wolgakolonisten berufen, an deren Spitze die erprobten Kommunistengenossen Petin und Reuter stehen.

Agrarische Demagogie.

In der Deutschen Tageszeitung veröffentlicht der engere Vorstand des Bundes der Landwirte eine Kundgebung, die sich gegen unsre Ernährungswirtschaft richtet. Es wird verlangt, daß den Landwirten die nötigen Freiheiten gelassen werden. Durch die jetzigen Maßnahmen würden die Kräfte der Landwirte gelähmt. Das jetzige System entspreche nur den Wünschen der Sozialdemokratie und des Freisinns und müßte zu einem Zusammenbruch führen. Statt eines Abbaues würden die Zwangsmittel noch ständig verschärft, man sei im Begriff, den Landwirten auch noch die Selbstversorgung zu nehmen, das sei eine Herabwürdigung des denkenden und für sein Tun verantwortlichen Landwirtes zu einer Maschine. Der Landwirt sinke zum Kostgänger des Reiches herab. Es werden dann eine Anzahl Forderungen aufgestellt, so zum Beispiel wird die Erhöhung der Schlachtviehpreise verlangt, die Freigabe leicht verderblicher Nahrungsmittel, wie Eier, Obst und Gemüse, der Wegfall der angeblich ehrenrührigen Haussuchungen. Der Bauer, so wird gesagt, habe jetzt das verbitternde Gefühl, daß er allein unter dem Drucke von Ausnahmegesetzen stehe, während die Industriearbeiter dauernd Freiheiten und Vergünstigungen erhielten.

Es ist natürlich, daß den Agrariern unsre Ernährungswirtschaft nicht paßt, weil sie zweifellos mancherlei Unbequemlichkeiten hat und viele Landwirte noch wesentlich bessere Geschäfte machen könnten, wenn die staatliche Zwangswirtschaft nicht wäre. Darüber aber wie die städtische und industrielle Bevölkerung ohne die Zwangswirtschaft vor dem Verhungern geschützt werden kann, schweigen sich die Agrarierhäuptlinge aus. Daß es bei einer größeren Freiheit der Landwirtschaft möglich wäre, die Erzeugung wesentlich zu vermehren, ist weiter nichts, als wie eine leere Phrase. Freilich, wenn man dem Landwirt machen ließe, was er wolle, so würde die Erzeugung von Fleisch und Eiern sehr bedeutend größer sein als jetzt. Die Landwirte würden so wie vor wie im Frieden, und ebenso viel Fleisch und Fett verbrauchen wie sie gewohnt waren. Und in den Städten würde es genug Leute geben, die für Fleisch und tierische Fette ungeheure Preise zahlten, nur damit sie ihre gewohnte Lebensweise fortsetzen könnten. Aber dadurch würden die breiten Massen in den Städten und Industriebezirken geradezu dem Hungertode ausgesetzt sein, denn es würden dann nicht mehr genügend Nahrungsmittel in Deutschland vorhanden sein, um die schon jetzt so mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln weiter durchzuführen, weil große Mengen für den menschlichen Bedarf notwendiger Nahrungsmittel in den Viehmägen verschwänden und dadurch für die menschliche Ernährung unentbehrliche Nährwerte verloren gingen. Es kommt durchaus nicht darauf an, unter allen Umständen die Erzeugung nach Möglichkeit zu fördern, sondern darauf, unsre Nahrungsmittelerzeugung in der Richtung zu beeinflussen, daß die Produktion tierischer Nahrungsmittel möglichst eingeschränkt wird. Die Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel aber könnte auch bei völliger Freiheit nicht wesentlich vermehrt werden, weil sie durch die Größe des zur Verfügung stehenden Bodens beschränkt ist. Die Herren Agrarier haben ja immer so getan, als wenn sie die Beschränkung des Viehbestandes nicht für notwendig hielten. Sie hüteten sich freilich, nicht offen zu erklären, daß alle Einschränkungen der Viehbestände unterlassen werden müßten, selbst auf die Gefahr hin, daß eben dann ein Teil der Bevölkerung verhungere, aber um die Stimmung der durch die Eingriffe in den Viehbestand verbitterten Landwirte für sich auszunutzen, tun sie so, als wenn es sich hier um eine durch eine verkehrte Wirtschaft herbeigeführte Schikane und nicht um eine bittere Notwendigkeit handelt.

Den Gipfel einer unverfrorenen Demagogie erklimmen aber die Herren vom engeren Vorstande des Bundes der Landwirte, wenn sie dem Bauer einzureden versuchen, daß er „allein unter dem Druck von Ausnahmegesetzen" stehe. Das wagen die Herren zu einer Zeit zu behaupten, wo der Belagerungszustand herrscht, und wo gerade die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit aufs äußerste beschränkt sind. Die Leute tun gerade so, als wenn sie nicht wüßten, daß jetzt Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machend, in einen Streik eintreten, in Gefahr kommen, wegen Landesverrats hart bestraft zu werden. Wahrlich, mit den Freiheiten und Vergünstigungen, die die Arbeiter genießen, ist es verdammt schlecht bestellt. Wenn an Arbeiter, die besonders schwere Arbeit zu leisten haben, Sonderzuweisungen an Nahrungsmitteln abgegeben werden, so geschieht es wirklich nicht, um die Leute zu begünstigen, sondern weil die Arbeiter die schwere Arbeit, die von ihnen verlangt wird, sonst nicht leisten können. Wenn es den Herren vom Bund der Landwirte, die ja so gern mit ihrem Patriotismus prahlen, darum zu tun ist, wirklich ihrem Lande zu dienen, dann müßten sie vor allen Dingen einmal den Landwirten, die ja vielfach über die Verhältnisse in den Städten im unklaren sind, die Wahrheit sagen, sie müßten ihnen sagen, daß ein Teil der städtischen Bevölkerung infolge des Mangels an Nahrungsmitteln dem körperlichen Zusammenbruche nahe ist und sie müßten sie darüber aufklären, daß eben deswegen das Aeußerste getan werden müßte, um Nahrungsmittel herbeizuschaffen. Sie müßten den Landwirt darauf hinweisen, daß er immer noch sehr viel besser dran ist, als viele Stadtbewohner, weil er sich sattessen kann, während ein großer Teil der Stadtbevölkerung seit Jahr und Tag darben muß.

Statt dessen suchen sie den Landwirten, die über die freilich unbequemen Maßnahmen der Behörden verärgert sind, noch mehr zu verbittern und aufzuhetzen. Daß sie dadurch die Versorgung der städtischen und industriellen Bevölkerung noch schwieriger gestalten, scheint den Herren gleichgültig zu sein. Die Hauptsache ist, daß sie sich wieder einmal den Bauern gegenüber als Beschützer der Landwirtschaft aufspielt haben. Und das sind Leute, die nicht damit zufrieden sind, daß das deutsche Volk sich seiner Feinde erwehrt, sondern die auch verlangen, daß der blutige Krieg so lange fortgesetzt wird, bis ihre unsinnigen Eroberungspläne durchgesetzt werden können.

Deutsches Reich.

Der Klassengegensatz im Zentrum.

Der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, hat in einer vielbeachteten Rede in Köln auf die Klassengegensätze innerhalb der Zentrumspartei hingewiesen.

Herr Stegerwald hat offen zugegeben, daß es zwischen den Zentrumsmagnaten, die noch in den Gedanken des altpreußischen Feudalstaates leben, und der kleinbürgerlichen sowie der Arbeiterdemokratie im Zentrum niemals ein wirkliches Sichverstehen gegeben hat. Herr Stegerwald beklagt heute die „Ausweichpolitik", die jahrzehntelang getrieben wurde, und stellt ihr wirksam die Methode der deutschen Sozialdemokratie entgegen, ihre inneren Gegensätze öffentlich zu erörtern.

Das Zentrum ist, genau besehen, keine einheitliche Partei, sondern ein Sonderverband von Parteien katholischer Färbung. Es hat Platz für fanatische Reaktionäre, aber auch für Arbeiter, die nach ihrer politischen Gesamtanschauung längst Sozialdemokraten wären, wenn sie nicht ein gewisses Etwas immer noch an ihrer konfessionellen Parteigemeinschaft festhielte.

Wie soll aber ein solches Festhalten auf die Dauer möglich sein, wenn die konfessionellen Gegensätze infolge vollständiger religiöser Gleichberechtigung jede politische Bedeutung verlieren? Dann müßte die Religion künstlich und gewaltsam in die Politik hineingezogen werden, was nicht gut wäre für die Religion wie für die Politik.

So muß eines Tages die Kapsel springen, die so verschiedenartige Früchte in sich birgt. Besieht man die Sache genau, so findet man, daß für Angehörige der herrschenden Klassen in ihrer Zugehörigkeit zum Zentrum nie ein Hindernis lag, ihre Klasseninteressen auf das allerentschiedenste wahrzunehmen. Nur die Zentrumsarbeiter sollten mit allen Mitteln von ihren Klassengenossen ferngehalten werden.

Die Rede Stegerwalds ist für das Zentrum ein sehr ernstes Zeichen der Zeit. Sie enthüllt die Schwierigkeiten, an denen die große Partei, die in der Geschichte des Reiches eine so große Rolle gespielt hat, trotz aller taktischen Künste einmal doch zugrunde gehen muß. Der innere Klassengegensatz wird sie zerstören.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180731/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG